

Antwort Sr. Durchlaucht des Fürsten
Staatskanzlers an die Fabricherren
von Elberfeld.

Die Wünsche, welche Sie mit den Deputirten der dortigen Kaufmannschaft in der Eingabe vom 24. v. M. vorgelegt haben, sind seit geraumer Zeit der Gegenstand einer unausgesetzten Aufmerksamkeit unserer Regierung gewesen. Sie hat sorgfältig erwogen, woher den Fabriken ihrer Bergischen Lande Nahrung und Unterhalt zufließt, was auf sie störend einwirkt, und was ihnen förderlich seyn kann. Wenn sie sich gegenwärtig mit der Einrichtung eines neuen Steuersystems an ihren westlichen Grenzen beschäftigt, so gründen sich ihre Beschlüsse auf eine sorgfältige Abwägung aller verschiedenen Interessen, und man hat dabei nicht übersehen, welche Rücksicht dem Gedeihen jener Fabriken zu widmen ist. Es wäre allerdings zu wünschen, daß Maaßregeln, um das Ausland zu einer günstigen Behandlung des deutschen Gewerbflusses zu vermögen, von allen Staaten des deutschen Bundes übereinstimmend beschlossen würden. Da diese Uebereinstimmung aber noch nicht so bald zu erwarten ist, so müssen diejenigen Regierungen, welche ein vorzügli-

ches Interesse dabei haben, so viel dieses es fordert und die Lage ihrer Länder es erlaubt, mit den diesen angemessenen Einrichtungen nicht zurückbleiben, welche sobald sie einmal bestehen, und die Erfahrung für sie redet, eine allgemeine Ausdehnung oder sonstige Vereinigung am ersten vorbereiten können.

Die königl. Niederländische Regierung hat in neuerer Zeit den Anfang gemacht, zu günstigeren Bedingungen für die durch ihr Gebiet transitirenden Waaren sich zu verstehen, und da es der ernstliche Wunsch der Unsrigen ist, die Wiener Konvention über die Rheinschiffahrt in Ausführung gebracht zu sehen, so wird sie ihrerseits nichts unterlassen, was zu einem guten Fortgang und zu einem baldigen Resultate der Arbeiten der in Mainz versammelten Central-Commission beitragen kann. Da dies aber auch von einer gleichen Willfährigkeit der übrigen beteiligten Staaten abhängt, so finden die Bemühungen unserer Regierung hierin eine Grenze.

Noch ist die Einrichtung des jetzigen Militärsystems zu neu, und man hat noch nicht genug Erfahrungen gesammelt, um zu entscheiden wo es nur aus Ungewohnheit oder aus einer gleichgültigen oder geringen Theilnahme an dem hohen Zweck der Vaterlands-Vertheidigung drückend scheint, und welche Modifikationen in der That nöthig sind, um mit diesem Zweck die Rücksichten auf das Gewerbe zu vereinigen. Unse-

re Regierung verfolgt aber alle Wirkungen der neuen Einrichtung mit einem aufmerksamen Auge, und wird gerne die Maaßgaben allmählig eintreten lassen, von deren Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit sie sich überzeugt.

Wegen des Antrags über das im Jahr 1814 unter dem damaligen General-Gouvernement ausgeschriebenene gezwungene Darlehn behalte ich mir den Bescheid besonders vor.

Spa, den 22. August 1818.

(Gez.) E. Fürst von Hardenberg.

